

**Nr. 76** (16.06.2010)

---

## Die Hochwasserkatastrophe am 14. und 15. Juni 1910 in Vorarlberg

Alois Niederstätter

Vortrag im Rahmen des Fachsymposiums der Vorarlberger Landesregierung "100 Jahre Hochwasser 1910 - Geschichte und Strategie zum Hochwasserschutz in Vorarlberg" am 15. Juni 2010 in Bregenz.

Am 16. Juni 1910 lautete die Schlagzeile des Vorarlberger Volksblattes: „Nie dagewesene Unwetterkatastrophe im ganzen Land!“ Und weiter: „Die Nacht vom 14. auf den 15. Juni 1910 wird in der Unglückschronik unseres schönen Heimatlandes vor dem Arlberg einzig dastehen! Stundenlange Regengüsse füllten die Rinnsale der Wildbäche, die sich mit Schutt, Gehölz und Schlamm zu Tale wälzten und mit ihren zerstörenden, Verderben bringenden Fluten den Fleiß, den Stolz und die schönsten Hoffnungen eines rührigen Völkchens in ebenso unverhoffter als trauriger Weise zerstörten“.

Das katastrophale Geschehen beschränkte sich freilich nicht auf Vorarlberg, auch Tirol, die Steiermark, die Schweiz, Teile Frankreichs und Deutschlands wurden zur selben Zeit von teils heftig Überschwemmungen heimgesucht. Große Mengen von Altschnee in den Gebirgen hatten die Wirkung des

Starkregens noch verstärkt. Die Vorarlberger Messstellen registrierten Tagesniederschlagsmengen von bis zu 220 mm.

Einen Gesamtüberblick konnte das Volksblatt seinen Lesern am 16. Juni noch nicht bieten. Eisenbahnen und Straßen waren blockiert, Telefon- und Telegrafverbindungen weitgehend gestört, Teile des Landes völlig von der Außenwelt abgeschnitten. Die eingelangten Nachrichten waren freilich erschreckend genug.

Das ganze Ausmaß der Katastrophe wurde erst nach und nach bekannt. Die schwersten Schäden hatten das Montafon, der innere Walgau, das Klostertal, Feldkirch und seine Umgebung sowie der Hintere Bregenzerwald zu verzeichnen.

Im Montafon zerstörte das Hochwasser etwa die Hälfte der Bahnstrecke, fast alle Straßenverbindungen wurden unterbrochen, zahlreiche Brücken weggerissen. Von Überflutungen und Vermurungen betroffen waren Lorüns, große Teile von St. Anton, von Vandans, St. Gallenkirch und Gaschurn. In Schruns zerstörte die Litz die Lodenfabrik Mayer sowie die Krauthobel- und Parkettproduktion Zudrell.

Der Ill fielen im Walgau sämtliche Brücken zum Opfer, sie ergoss sich durch Gais und Frommengersch, wo 40 Familien evakuiert werden mussten, überflutete die tiefer gelegenen Ortsteile von Schlins und Satteins. Bei Frastanz durchbrach die Ill den Damm unterhalb der Göfnerbrücke. Schiffler aus Bregenz retteten aus dem von den Wassermassen eingeschlossenen Leitnerhaus etwa 40 Personen.

Erhebliche Schäden richteten auch die Zuflüsse der Ill an. Besonders gut dokumentiert sind die von der Meng in Nenzing verursachten. Aufgrund von Auflandungen und weiteren Regenfälle kam es dort auch noch in den folgenden beiden Wochen zu Überflutungen.

Besonders schwer betroffen wurde Feldkirch. Die Altstadt stand am Morgen des 15. Juni vollständig unter Wasser, teilweise mehrere Meter hoch. Die Ill hatte zuvor einen Wasserstand von 14 Metern erreicht. Augenzeugen berichteten, Feldkirch habe sich in ein zweites Venedig verwandelt, mit in Bregenz requirierten Booten habe man kaum den Torbogen des Churertors durchfahren können. Die damals neue Franz-Josefs-Brücke beim Landesgericht war gänzlich in den Fluten verschwunden. Völlig unterbrochen waren die Trinkwasserversorgung, außer Betrieb das

städtische Gas- und Elektrizitätswerk, zerstört die Wasserwerke an der Ill, die Brücke unterhalb der Illschlucht, ein Teil der Kapfstraße. Menschen waren auf die Dächer geflüchtet und mussten von dort gerettet werden. Insgesamt wurden in Feldkirch mehr als 500 Personen evakuiert. In der Stadt blieb eine bis zu 30 cm hohe Schlammschicht zurück.

Auch die umliegenden, damals noch nicht eingemeindeten Dörfer bekamen die Fluten zu spüren. Weite Teile von Altenstadt standen unter Wasser, ebenso von Gisingen und Bangs.

Im Meiningen drang das Wasser der Ill durch die Fenster in Wohnhäuser ein. Ein Augenzeuge berichtete von dort: „Den ganzen Tag strömte es durch Wiesen und Dorf [...]. Das Dorf und sein Terrain sind einer Schüssel vergleichbar, die von allen Seiten die Zuflüsse auffängt und behält. Gearbeitet wurde unendlich. [...] Nur ein Gedanke, ein Gefühl beherrschte uns. Der Gedanke an unser Leben, an unser Hab und Gut!“.

In Rankweil richteten Frutz, Frödisch und Nafla erhebliche Schäden an. Die erst wenige Jahre zuvor im Gefolge des Hochwassers von 1901 am Götzner Emmebach errichteten Wasserbauten erwiesen sich als zu schwach, sie hielten den Fluten nicht stand. Die höher gelegenen Siedlungen am Berghang litten vor allem unter massiven Vermurungen.

Auch das Unterland blieb nicht verschont. Fußach stand zeitweise unter Wasser, in Hard brach die Bregenzerach ein, die zuvor schon in Kennelbach die alte Brücke weggerissen hatte. Mit der einstürzenden Brücke wurde Josef Karg in die Ach gerissen, er ertrank in einem Strudel bei der Eisenbahnbrücke. Überall waren kleinere Gewässer über die Ufer getreten, mussten Hangrutschungen verzeichnet werden.

Im Bregenzerwald war es zum einen die Bregenzerach, die schwerwiegende Schäden verursachte. Die Strecke der Bregenzerwaldbahn war an vielen Stellen unterbrochen, der Eisenbahnbetrieb konnte erst im Herbst wieder aufgenommen werden. Beim Einsturz der Brücke in Au kam Camillo Marinelli ums Leben. Vielerorts wurden Wiesen und Felder überflutet und verschüttet. Auch die Zuflüsse der Ach traten über die Ufer. In Sulzberg wurde der zwölfjährige Josef Maurer beim Versuch, verstopfte Wegdurchlässe zu reinigen, vom Mühlebach erfasst und getötet. Muren und Erdrutsche unterbrachen die meisten Verkehrsverbindungen.

Bregenz wurde nicht nur durch die Bäche und Kanäle, die sich durch das Stadtgebiet ergossen, in Mitleidenschaft gezogen, sondern auch durch den raschen Anstieg des Bodensees, der die ufernahen Gebäude sowie die Bahnhofsanlagen unter Wasser setzte.

Verschont blieben hingegen Lustenau, Höchst und Gaißau, die 1888 und 1890 schwer zu leiden gehabt hatten. Hier bewährte sich die Rheinregulierung augenscheinlich.

Von den damals 102 Gemeinden Vorarlbergs waren 87 schwer getroffen worden. Allein der Schaden an Wuhren, Verbauungen, Straßen und Brücken wurde auf neun Millionen Kronen geschätzt. Rein währungstechnisch umgerechnet, entspricht dieser Betrag etwa 45 Millionen Euro, eine angesichts der damals weit geringeren Anforderungen an die Größenordnung der Bauten, der wesentlich weniger aufwändigen Technik und der viel niedrigeren Löhne sehr hohe Summe.

Beträchtliche Verluste hatte auch die Wirtschaft zu tragen. Das Textilunternehmen F. M. Hämmerle erlitt in Gisingen und Dornbirn einen Schaden in der Höhe von eineinviertel Millionen Kronen, also mehr als 60 Millionen Euro, fast das Dreifache der Summe, die die Wiederherstellung der Montafonerbahn erforderte. Dazu kam der Produktionsausfall. Betroffen waren freilich nicht nur die Unternehmer, sondern insbesondere auch deren Arbeiter, denen während der monatelangen Instandsetzungsarbeiten kein Lohn zustand.

Zunächst kaum einschätzbar waren die Zerstörungen, die die landwirtschaftlichen Flächen betrafen. Gerade die Kleinbauern, die das Gros der ländlichen Bevölkerung stellten, sahen sich in ihrer Existenz massiv bedroht, viele waren nicht einmal mehr im Stande, ihre Rinder zu füttern.

Die Schäden wogen umso schwerer, als das Land Vorarlberg gemeinsam mit den Gemeinden und privaten Investoren in den vorangegangenen Jahrzehnten große Anstrengungen zur Erschließung des Landes durch die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur unternommen hatte.

Zur Linderung der materiellen Not, die die Katastrophe über Privatpersonen gebracht hatte, stand seitens der öffentlichen Hand nur ein staatlicher „Notstandskredit“ zur Verfügung, aus dessen Mitteln verhältnismäßig geringe Beträge ausschließlich an Personen flossen, deren Existenz unmittelbar gefährdet war.

Daher beschloss der Vorarlberger Landesausschuss – das damalige Exekutivorgan des Landtages – am 20. Juni 1910 die Einrichtung eines „Landeshilfskomitees“ unter Vorsitz des Landeshauptmannes Adolf Rhomberg und stellte als finanzielle Grundausstattung 20.000 Kronen zur Verfügung. Kaiser Franz Josef steuerte „in landesväterlicher Güte“ aus seiner Privatschatulle weitere 50.000 Kronen bei. Durch Sammlungen kam insgesamt ein Betrag von ca. 220.000 Kronen zusammen, was gut einer Million Euro entspricht.

Die eigentliche Arbeit lag bei den Bezirkshilfskomitees, die neben der Durchführung der regionalen Spendenaktionen insbesondere die Schadenserhebungen nach einheitlichen Grundsätzen vornahmen bzw. durch örtliche Lokalhilfskomitees vornehmen ließen. Letztere setzten sich in der Regel aus dem Pfarrer, dem Schulleiter und zwei weiteren beideten Ortsschätzern zusammen. Aufgrund von – wie es in den Quellen heißt – „Verschiedenheiten in der Auffassung der Sachlage“ wurde zudem die Gründung einer Landesschätzungskommission beschlossen, die die Erhebungen in den einzelnen Bezirken stichprobenweise überprüfen sollte.

Vornehmlich ging es um Entschädigungen für in Mitleidenschaft gezogene Grundstücke und Gebäude. Als Grundlage der Schätzung wurde der Verkaufswert der Objekte vor der Katastrophe herangezogen und festgehalten, ob das Hochwasser das Objekt gänzlich vernichtet oder nur einen temporären Nutzentgang zur Folge hatte.

Grundsätzlich galt, dass nur Bedürftige in den Genuss einer Unterstützung aus den Mitteln des Landeshilfskomitees kommen sollten. Folgender Schlüssel wurde festgelegt: Wer nach Abzug der Schulden und der Hochwasserschäden weniger als 20.000 Kronen – also etwa 100.000 Euro – Vermögen besaß, war grundsätzlich bezugsberechtigt. Den Ärmeren dieser Gruppe sollte in höherem Maße geholfen werden, indem sich die Unterstützung so zum faktischen Schaden verhalten musste, wie dieser Schaden zum Vermögen vor der Katastrophe.

Des Weiteren war festgelegt, dass es für Schäden unter 50 Kronen – 250 Euro – keine Unterstützungsbeiträge geben sollte, bei einem Reinvermögen des Betroffenen von mehr als 6.000 Kronen stieg die Grenze auf 200 Kronen an. Gläubiger der Geschädigten sollten nicht berücksichtigt werden, ebenso wenig Genossenschaften und Interessentenschaften, doch blieb es hier den Bezirkskomitees überlassen, einzelnen Mitgliedern für ihren Anteil

in Ausnahmefällen eine Unterstützung zu gewähren. Ausgeschlossen waren auch Wuhrschäden, die aufgrund des Elementarbauprogramms von Staat, Land und Gemeinden behoben werden mussten.

Der Landtag beschloss in weiterer Folge ein Wiederherstellungs- und provisorisches Wasserbauprogramm, dessen Kosten sich auf rund 7,5 Millionen Kronen – knapp 38 Millionen Euro – belaufen sollten, wobei der Staat gemäß dem Meliorationsgesetz die Hälfte zu tragen hatte.

Die traditionell sparsame Haushaltspolitik des Landes und der Gemeinden wurde mit einem Schlag hinfällig, Anleihen mussten aufgenommen werden. Landeshauptmann Adolf Rhomberg führte in der Landtagssitzung vom 26. Juni 1911 dazu aus: „Wahrlich, hätten nicht Landesvertretung und Landesausschuss 40 Jahre hindurch weise Sparsamkeit auf allen Gebieten des Landeshaushaltes walten lassen [...], das Land würde heute direkt vor dem Ruin stehen. So aber, dank einer Finanzwirtschaft, welche seit Jahr und Tag als Muster einer soliden Verwaltung von Freund und Gegnern anderen Ländern gegenüber hingestellt wurde, brauchen wir [...] trotz der ungeheuren Schuldenlast, welche wir aufnehmen müssen, [...] die Hoffnung auf bessere Tage nicht sinken zu lassen.“

Selbstverständlich wurden auch die in eigener Hoheit stehenden Abgaben erhöht. Der Landtag verdoppelte insbesondere die Biersteuer, was aber – trotz der misslichen Lage – in der Bevölkerung großen Unmut hervorrief. Auch eine Steuer auf Motorfahrzeuge, die als Luxusgüter betrachtet wurden, sollte zusätzliche Einnahmen bringen.

Es blieb nur eine kurze Spanne, um die ärgsten Schäden zu beseitigen und mit dem Wasserbauprogramm zu beginnen. 1914 setzte der Erste Weltkrieg diesen Bemühungen ein abruptes Ende. Erst zu Beginn der Zwanziger Jahre konnten sie wieder aufgenommen werden.